

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wegzugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Bayern lehnt endgültig ab.

Mitteillich wird aus München mitgeteilt:
Der bayerische Ministerrat hat sich gestern mit der von der Reichsregierung an die bayerische Regierung gerichteten Frage beschäftigt, ob sie bereit sei, in kürzester Zeit die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr wiederherzustellen. Die bayerische Staatsregierung hat am 22. Oktober den bayerischen Teil der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen dem Reich und Bayern als Treuhänderin des deutschen Volkes verpflichtet. Diese Maßnahme ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgt, der dadurch geschaffene Zustand ist daher also verfassungsmäßig. Die Veranlassung dazu bildete der neuerliche Eingriff in die bayerischen Hoheitsrechte, er hat die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen Reich und den Ländern aufgeworfen. In erster Linie muß diese Frage im Interesse des Reiches und der Länder einer endgültigen Lösung zugeführt werden, um Sicherheit dafür zu schaffen, daß Konflikte zwischen Reich und Ländern für die Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr des friedlichen Lebens des Reiches und der Länder erschüttert haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Änderung im Oberbefehl des bayerischen Teiles der Reichswehr untragbar wäre. Die Fassung der Reichsregierung zu erteilenden Antwort bleibt weiteren Beratungen vorbehalten.

Die Antwort des bayerischen Ministerrates ist insofern zu begrüßen, als sie es an Deutlichkeit nicht fehlen läßt. Diejenigen Kräfte in der Reichsregierung, die glauben, besonders staatsmännisch zu handeln, indem sie durch Verhandlungen und Erklärungen einen Keil zwischen Kahr-Vossow und Knilling-Preger zu treiben versuchten, sind um eine Enttäuschung — oder um eine Blamage — reicher.

Seit mehr als einem Monat wird in Berlin Bayern gegenüber eine Vogel-Strauß-Taktik befolgt, die ebenso verhängnisvoll wie würdelos ist. Vor allem seit der offenen Meuterei Vossows muß man diese Haltung gewisser Berliner Stellen geradezu als verhängnisvoll empfinden, zumal wenn man einen Vergleich mit Sachsen anstellt.

Bei allen Versuchen, durch die Vermittlung des Gesandten v. Preger mit Knilling zu verhandeln, um diesen zu veranlassen, von Kahr und Vossow abzurücken, schien man die Tatsache vollkommen außer acht zu lassen, daß die Ernennung Vossows zum „bayerischen Landeskommandanten“ und die Inpflichtnahme der bayerischen Reichswehrteile auf den bayerischen Staat von dem bayerischen Gesamtministerium verübt und mit einem Aufruf bekanntgegeben worden war. Hat man etwa im Ernst geglaubt, daß Herr v. Knilling sich selbst desavouieren würde? Wir neigen eher zu der Auffassung, daß der bayerische Gesandte, indem er seine guten Dienste als Vermittler anbot, den Auftrag hatte, Zeit zu gewinnen, vor allem in der Hoffnung, daß die Reichsregierung inzwischen zusammenbrechen würde.

Wer überhaupt noch im Zweifel war über den Ausgang dieser diplomatischen Aktion, dessen Illusionen mußten jedenfalls durch den Beschluß der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei endgültig zerstreut werden: indem die stärkste, ausschlaggebende Partei Bayerns sich nicht nur mit Knilling, sondern auch mit Kahr solidarisch erklärte, machte sie endgültig mit dem Meuterer Vossow gemeinsame Sache.

Die Frage, die sich jetzt einem jeden aufdrängt, lautet: Was nun? Die Reichsregierung hat in der sächsischen Frage alles eher als Ruhm und Ehre geerntet, der Riß zwischen ihr und den republikanischen, verfassungstreuen arbeitenden Massen des Volkes kauft tiefengroß; er kann, wenn überhaupt, nur dann noch überbrückt werden, wenn sich das Reichskabinett endlich dazu entschließt, mit allen Mitteln, über die es verfügt — und diese sind nicht gering —, gegen Bayern ernst zu machen.

Sperrung der Gelder für die meuternden Teile der Reichswehr, für die verfassungsbrüchigen Elemente der Beamtenschaft und Landespolizei, Post- und Telegraphensperre, Sperrung des Eisenbahnverkehrs, diese Mittel und noch andere, offiziell angewandt und mit Unterstützung der deutschen Arbeiterorganisationen international ausgedehnt, wie einst gegen Horthy-Ungarn, würden den Spieß der bayerischen Konterrevolution in nichts zerflattern lassen, wahrscheinlich noch bevor ein einziger Reichswehrsoldat die weißblauen Plüsch überschreiten müßte. Und schließlich wäre die Reichswehr des Generals von Seeckt auch dazu, gegen meuternde Generale und verfassungsbrüchige Regierungen vorzugehen. Ist sie dazu nicht imstande, dann mag sie zum Teufel gehen mitsamt ihrer Musik.

Das Programm derer um Kahr.

München, 31. Oktober. (W.T.B.) Veranlaßt durch die Gerüchte von einer F-Binettsumbildung in Berlin haben die Vaterländischen Verbände Bayerns (Vorsitzender Kahr! Red.) in einem Telegramm an den Reichsverband folgende Stellungnahme kundgegeben:

Die Vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns sehen die Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage nur in einer rein völkischen und nationalen Diktatur. Eine Reichsdiktatur, die sich auf General Seeckt stützt, gibt diese Gewähr nicht.

Der Aufmarsch gegen Thüringen.

Wer sorgt für „verfassungsmäßige Zustände“ in Bayern?
Der Spezialkorrespondent des „Soz. Parlamentsdienstes“ in Südbayern meldet:

Die militärische Lage an der bayerischen und thüringischen Grenze hat sich am Dienstag verschärft. Bei Lichtenberg in Bayern ist neue Artillerie in Stellung gebracht worden. Aus der Gegend von Arnstadt und Kronach hört man Gewehrfeuer, das auf Scharfschleudungen in diesen Gegenden zurückzuführen ist. Im Landkreis Hildburg-Heilburg ist es zu Grenzüberschreitungen von Hilfertruppen gekommen, die auf thüringische Schutzpolizei geschossen haben. Die Polizei hat diese Angriffe nicht erwidert. In der Gegend von Hildburghausen sind von Rechtspulschiffen Listen für die Aushebung von Pferden und die Requisition von Futtermitteln aufgestellt worden.

Die thüringische Regierung hat heute an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsminister des Innern telegraphiert und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Nordbayern gefordert.

Wer trägt die Verantwortung?

Eine Klarstellung.

Noch immer wird versucht, für die verhängnisvolle Art des Einschreitens gegen die sächsische Regierung auch die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder verantwortlich zu machen. Es genügt, demgegenüber auf den Schlußabsatz des Schreibens zu verweisen, das Reichskanzler Dr. Stresemann am 27. Oktober an den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner gerichtet hat. Dieser Absatz lautet:

Ich ersuche Sie, mir über den Rücktritt der Regierung innerhalb des morgigen Tages, den 28. Oktober, Nachricht zu geben. Falls eine Neubildung der Regierung auf anderer Grundlage ohne Mitwirkung kommunistischer Mitglieder nicht sofort herbeigeführt und dadurch die Ruhe, Sicherheit und Ordnung des Landes weiter gefährdet werden sollte, wird der Inhaber der vollziehenden Gewalt einen Reichskommissar bestellen, der die Verwaltung des Landes bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in die Hand nimmt.

In diesem Schlußsatz ist klar ausgesprochen, daß das Beschlusrecht des Kabinetts ausgeschaltet und dafür der Inhaber der vollziehenden Gewalt, d. h. der Reichswehrminister Dr. Gessler, eingeschaltet wurde. Schließlich aber ging man doch noch einen etwas anderen Weg, indem der Reichskanzler sich eine allgemeine Ermächtigung zum Vorgehen gegen die sächsische Regierung von dem Herrn Reichspräsidenten geben ließ. Weder diese Verordnung noch die Ernennung des Reichskommissars hat aber dem Reichskabinett vor dem Volkzug vorgelegen. Damit ist die Verantwortlichkeit für die Vorgänge in Dresden klar und unüberleglich gegeben.

Gegen die Rechtsbeugung.

Der Gesamtvorstand des Republikanischen Richterbundes erklärt zur Absehung der sächsischen Regierung folgende Erklärung:

Im Namen des Reichspräsidenten ist die sächsische Regierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ihres Amtes enthoben worden. Absatz 2 des Artikels kann nicht wohl in Frage kommen.

Dollar 72,5 Milliarden.

Die scharfe Anspannung des Geldmarktes ist nach Erledigung des Ultimogeschäftes überraschend schnell einer allgemeinen Geldflüssigkeit gewichen. Heute wurden bereits sehr große Beträge zu Sätzen von 2 bis 4 Proz. angeboten. Diese günstige Entwicklung der Geldmarktlage war von einschneidender Bedeutung für die Gestaltung des Geschäftes am Devisen- und Effektenmarkt. Schon bei Beginn des offiziellen Verkehrs deutete ein Eröffnungskurs der Goldanleihe von 72,5 Milliarden die steigende Tendenz der ausländischen Zahlungsmittel und Wertanleihen an. Die bei Beginn der Woche an den Auslandsbörsen eingetretene Kurssteigerung der Mark, die trotz der Ausgabe großer Beträge werbeständiger Zahlungsmittel riesenhafte Papiergeldsummen erforderte, die Vorgänge in Sachsen, die ablehnende Haltung Bayerns gegenüber den Verständigungsversuchen der Reichsregierung und die an der Börse umlaufenden Gerüchte über eine neue bedenkliche Wendung in der Kabinettsfrage wirkten zusammen, um eine sehr starke Nachfrage nach Devisen und wertbeständigen Anleihen hervorzurufen. Bei der Festsetzung der amtlichen Kurse mußten wieder wie gestern sehr scharfe Repartierungen vorgenommen werden.

Im Effektenverkehr entwickelte sich ein ziemlich bedeutendes Geschäft bei sehr fester Tendenz. Auf vielen Märkten waren Verdoppelungen der Kurse zu verzeichnen. Besonders gesucht waren auch heute wieder alle westdeutschen und ober-schlesischen Papiere.

Dollar amtlich 72,500 bei 5 Proz. Repartierung.

Denn mindestens nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen konnte eine begründete Befürchtung, daß dort oder von dort aus die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Reich gestört oder gefährdet werde, nicht mehr bestehen. So bliebe nur die Unanwendbarkeit des Absatz 1. Hier muß die Deffektivität die Frage aufwerfen, welche verfassungsrechtlichen oder reichsgerichtlichen Pflichten nach Ansicht der Reichsregierung vom Lande Sachsen nicht erfüllt sind, und zu welcher Pflichtenfüllung das Land Sachsen mittels Absehung seiner verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierung angehalten werden soll. Eine rechtfertigende Antwort auf diese Frage kann es nicht geben.

Im Namen des Rechts erheben wir schärfsten Widerspruch gegen die geschehene Anwendung des Artikels 48 gegenüber Sachsen, und verlangen schleunigste Rückgängigmachung der getroffenen Maßregeln. Das ganz andere Verhalten der Reichsregierung gegenüber Bayern zeigt den Gebrauch von zweierlei Maß bei den einschneidendsten und wichtigsten Verfassungsvorschriften. Dies muß das Rechtsempfinden aller Republikaner auf das schwerste verletzen.

Die Nachsitzung in Dresden.

Die Volkspartei gegen Fetsch.

Dresden, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Nachsitzung des Sächsischen Landtages wurde der frühere sächsische Wirtschaftsminister Fetsch mit 46 gegen 18 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Kommunisten und Deutschnationalen verließen bei der Abstimmung den Saal, während die Volkspartei gegen Fetsch stimmte.

Ueber den Verlauf der Nachsitzung gibt die „Telegraphen-Union“ einen Bericht, dem wir die wesentlichsten Stellen entnehmen. Danach wurde in der Sitzung gegen 10 Uhr ein Brief des Genossen Dr. Zeigner verlesen, in dem dieser mitteilt, daß er sein Amt niederlege. Abgeordneter Böttcher beruft sich auf § 27 der Verfassung und erklärt, die Regierung Zeigner sei auch weiterhin die einzige verfassungsmäßige Regierung in Sachsen. Der Deutschnationale Beutler bezeichnet das Schreiben Dr. Zeigners als überflüssig, er sei nicht mehr Ministerpräsident, er sei seiner Stellung enthoben und existiere für seine Partei nicht mehr. Nach langer Geschäftsordnungsdebatte wird das Haus dann vertagt und um 11 Uhr eine neue Sitzung einberufen.

In dieser Sitzung führt der Abg. Böttcher (Komm.) in längerer Rede aus, die Sozialdemokraten hätten sich damit einverstanden erklärt, daß der verfassungsmäßige Ministerpräsident abgesetzt werde. Damit haben sie dokumentiert, daß für sie eine Verfassung nur ein Fehlen Papier sei. Der Redner greift den ebenmaligen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner in heftigster Weise an. Er sei unwürdig von seinem Platz gelassen, habe kampflös den Berliner Parteiführern gegenüber kapituliert. (Der Sozialist Böttcher ruft den Kommunisten auf ihre Zwischenrufe zu: „Ihr bezahlten Subjekte“. Der Abgeordnete Lieberach (Komm.) erwidert: „Ihr habt ja das Geld der Unternehmer, Ihr Schuft!“) (Die vielen weiteren Zwischenrufe lassen teilweise die Worte des Redners vollständig untergehen.) Böttcher wirft den Sozialdemokraten vor, daß viele Mitglieder zu den Kommunisten gekommen seien und um Schutz gegen den rechten Flügel gebieten haben. Abgeordneter Bethke (Soz.) nimmt seine Parteimitglieder gegen den Vorwurf Böttchers in Schutz. Solche Lumpen gebe es in seiner Partei nicht. Die Kontroverse zwischen Sozialisten und Kommunisten wiederholt sich in scharfer Weise. Der Demokrat Senferr hält die Stunde für zu ernst, um solchen Streit auszufochten. Es sei bestimmt verhängt worden, daß der Ausfall der Ministerpräsidentenwahl bestimmend sein werde für das Schicksal unseres ganzen Reiches. Von diesem Standpunkt aus habe seine Partei die Entscheidung getroffen. Wir werden den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Ministerpräsidenten mitwählen. Wir bringen damit ein Opfer um des Reiches und des Volkes willen. Der Sozialdemokrat Birth erklärt, seine Partei habe nicht die Errungenschaften der Arbeiter in den letzten fünf Jahren preisgegeben wollen. Die übrigen Worte des Redners gehen unter in dem ungeheuren Lärm der Kommunisten. Abgeordneter Böttcher (Komm.) schreit: „Verräter! Schieber! Ihr wollt ja nur eure Pöstchen für eure Mitglieder halten“ usw. Schließlich schlägt der Abgeordnete Birth als Ministerpräsidenten den Abgeordneten Fetsch vor.

Die dann stattfindende Zettelwahl ergibt die Wahl des Abgeordneten Fetsch zum Ministerpräsidenten. Die Kommunisten rufen: Der kann nur mit der Volkspartei regieren. Ministerpräsident Fetsch erklärt sich zur Annahme der Wahl bereit und dankt der Mehrheit des Hauses für das Vertrauen. (Zurufe der Kommunisten: „Wo ist die Mehrheit?“) Er werde unabhängig an die Bildung der neuen Regierung herantreten und das neue Kabinett in der nächsten Sitzung unter Abgabe einer Erklärung vorstellen. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 6. November, mittags 1 Uhr, statt mit der Tagesordnung: Vereidigung des Ministerpräsidenten, Regierungs- und Ausschüsse darüber. Schluß der Sitzung gegen 12 Uhr morgen.

Die Ernennung des Senators Kollog zum amerikanischen Gesandten in London wird in Washington offiziell bestätigt.

Genosse Ramsay MacDonald ist gestern von seiner Orientreise nach London zurückgekehrt.

Politische Affäre in Bulgarien. Der frühere Minister Genablioff ist gestern abend beim Betreten seines Hauses ermordet worden. Der in seiner Begleitung befindliche frühere Gesandte in Berlin, Geshoff, wurde schwer verletzt.

Die harmlosen Kommunisten.

Es gibt immer noch Parteigenossen, die in der kommunistischen Partei eine Art natürlicher Bundesgenossen für die Sozialdemokratie erblicken und deshalb geneigt sind, für alle ihre Maßnahmen um mildernde Umstände zu ersuchen. In der Berliner Funktionärskonferenz wurde von einer Rednerin sogar behauptet: „Was von links geschieht, geschieht für Euch!“ Dazu gehört allerdings ein bergverstehernder Glaube, den zu teilen uns unmöglich ist. Dieselbe Rednerin hat, in dem Bestreben, die Kommunisten als harmlos erscheinen zu lassen, auch behauptet, der „Vorwärts“ habe „wider besseres Wissen“ geschrieben, in dem Flugblatt der sächsischen Kommunisten sei zum bewaffneten Widerstande aufgefordert worden.

Wir geben als Antwort auf diese Unterstellung lediglich einige Sätze aus dem kommunistischen Flugblatt wieder:

„Wir Kommunisten erklären, wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General. Wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. . . Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen. Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der Ausrüstung neuer Hundertschaften . . . zu beantworten. . .“

Das ist doch für jeden deutlich, der politisch denken kann. „Hundertschaften“ sind doch keine Kegelschläger. Sie haben doch einen politischen Zweck. Und wenn sie neu gegründet werden, so doch nicht, um kindliche Spiele zu veranstalten.

Aber selbst wenn man das Wortgeklingel in dem sächsischen Flugblatt nur als Wortgeklingel auffassen wollte, sprechen da nicht der mitteldeutsche Putsch von 1921 und der Hamburger Putsch vom Oktober 1923 eine sehr viel deutlichere Sprache? Waren die Märzputschisten und sind die Oktoberputschisten wirklich nur harmlose Kinder, denen jeder Sozialdemokrat ihre Torheiten zugute halten muß?

Wer aber immer noch an die „Harmlosigkeit“ der kommunistischen Partei — von den einzelnen Mitgliedern sprechen wir hier nicht — glaubt, den sollten doch die Waffensunde, die kürzlich in Berlin gemacht wurden, eines besseren belehren. Zeigten sie doch deutlich die Hintermänner und Geldgeber, die solche Waffen kaufen und stapeln lassen. Aber darüber hinaus sind in verschiedenen Gegenden des Reiches Verhaftungen vorgenommen und Dokumente beschlagnahmt worden, aus denen unzweideutig hervorgeht, daß es den Kommunisten mit ihren wahnwitzigen Putschplänen tatsächlich bitterernst gewesen ist. Diese Dokumente enthalten eine Menge von Fragebögen, in denen über den Stand der kommunistischen Hundertschaften, das Vorhandensein von Waffen, die Bereitstellung von Kraftfahrern, Flugzeugführern usw. kurz über alles, was zu einer richtigen militärischen Operation gehört, Auskunft verlangt wird. Besonders befestigtes Material ergab sich bei der Durchsichtung des verhafteten sächsischen Bezirksleiters Delsner. Es befindet sich bei diesem Material u. a. ein Rundschreiben an alle kommunistischen Ortsgruppen, in dem u. a. folgende Fragen gestellt werden:

Habt Ihr eine Verbindung der linken SPD, mit dem Gewerkschaftsverband? Ist gemeinsamer Aktionsausschuß gebildet?

Wieviele Waffen habt Ihr zur Verfügung, wieviel wehrfähige Leute habt Ihr innerhalb der zehnten und der fünften Gruppe?

Aus derartigen Fragestellungen, die sich in dem ganzen Material vielfach wiederholen, können die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, zu welchen Zwecken sie verwendet werden sollten. Man hatte ganz einfach die Absicht, sie gegen ihr Wissen und Willen als Kanonensfutter bei einem bewaffneten kommunistischen Aufstand zu mißbrauchen.

In einer Sitzung der KPD-Zentrale, die in den ersten Septembertagen stattfand, wurden folgende Richtlinien bekanntgegeben:

1. Aufruf an die Bauernschaft zur freiwilligen Abgabe von Getreide und Lebensmitteln.

2. Befragt dieser Aufruf, werden bewaffnete Arbeitergruppen mit der Beschlagnahme der Lebensmittel beauftragt.

3. Verbot der gesamten Presse.

4. Die Parteiführer werden in erster Linie festgenommen.

5. Wird der neuen kommunistischen Regierung von irgendeiner Seite oder Person Widerstand entgegengesetzt, so erfolgt rücksichtslos die Todesstrafe.

Im einzelnen sehen die kommunistischen Aufzeichnungen über ihre Putschvorbereitungen in Schlesien u. a. so aus:

Reumarkt. Im Besitz von 25 Handfeuerwaffen, ein schweres MG, ohne Munition, 40 Kugelhandgranaten mit Zünder. Bei den Gemeindevorständen aller Orte um Reumarkt befinden sich Waffen, die jedoch nur mit Gewalt, aber mit Leichtigkeit zu holen sind.

Strahlen. Im Besitz 25 Revolver mit Munition. Auf dem Landratsamt ein Waffenlager von 200 Gewehren, 4 MG. und Munition, nur mit Gewalt zu holen. Mitglieder vom Oberland wollen mit uns kämpfen.

Trébnitz. Im Besitz 25 Handgranaten, 15 Sprengtastein, 2 Gewehre, 20 Revolver. Auf dem Rathaus 20 Gewehre, könnten jederzeit mit Anwendung von Gewalt geholt werden.

Altbau. Stimmung gut. Die Spannung in Betrieben steigt. Eine Hundertschaft ist vorhanden, von der zwei Drittel Handfeuerwaffen besitzen.

Leobschütz. SPD zweifelsfrei. Gewerkschaftsarbeit und die Christlichen gehen mit uns (!). Die Hundertschaft der SPD lehnt ab. Nur 10 Gruppen sind schwach.

Heidnitz. 4 Geschütze vergraben.

Beilau. 2 Kampfschneppergruppen zu 75 Proz. bewaffnet mit Revolvern, in der Nähe sehr viele Waffenlager.

Das ist nur ein kleiner Auszug. Es ist überall dasselbe. Es wird Fühlung mit Sozialdemokraten gesucht und man versucht, diese unter Verschweigung der eigentlichen Ziele und Kampfmittel mit einzufangen.

Die Deputationen entstehen, darüber unterrichtet z. B. eine von Berlin ausgehende Anweisung an die Betriebszellenobleute, die nach beigefügter Order nach Erhalt sofort zu vernichten ist. In ihr heißt es:

Der Druck aus den Betrieben auf die Gewerkschaftskommission muß in allerhöchster Weise verstärkt werden. Die Gewerkschaftskommission muß von den Betrieben aus täglich mit Delegationen bestärkt werden. Man muß von ihr verlangen, daß sie . . . sich gegen den ungeheuren Verrat wendet, den jetzt die sozialdemokratischen Führer durch Teilnahme am falschen Faschistenputsch begehen (!).

Die sozialdemokratischen Führer sind ja bekanntlich immer die „Verräter“. Die Kommunisten aber sind, wie man sieht, stets die treu besorgten und gewissenhaften Vertreter von Arbeiterinteressen.

Wenn die Kommunisten das sagen, ist das aus ihrer Bauernfängerpolitik verständlich. Aber wenn ernsthaft Sozialdemokraten auf solche Tricks hereinsinken würden, wäre das ein sehr bedenkliches Zeichen.

Unser Kampf gilt der Zentrale!

Debatten in der KPD.

Der Hamburger Putsch der Kommunisten zeigt keine Auswirkungen auch in den eigenen Reihen der kommunistischen Partei. Uns liegt ein Bericht einer Mitgliederversammlung der KPD vom Montag, den 29. Oktober, in der Cecilienstraße in Lichtenberg von einer absolut vertrauenswürdigem Seite vor. Auf dem Podium steht — wie so oft — ein jugendlicher Referent, der für die Berliner Zentrale spricht. Das Leitmotiv des ganzen Referats ist der „Verrat der Zentrale“. Offenbar hat die Kurierregie und Parolenausgabe der kommunistischen Zentrale, ähnlich wie im März 21, nicht recht geklappt. Hamburg ist „losgegangen“ auf Grund eines Berichts, nach dem in ganz Sachsen die Arbeiterschaft im Kampf mit dem Militär stünde. Als die Hamburger Kommunisten auf Grund solcher Berichte ihrer Zentrale losgeschlagen, werden sie von der Zentrale im Stich gelassen, die — vielleicht auf Grund besserer Einsicht — einen Kampf über das ganze Reich nicht riskieren wollte, weil sie für die Konsequenzen fürchtete. Die Zentrale hat also nach Meinung des jungen Berliner Referenten

wieder einmal „eine schöne Gelegenheit verpaßt, den Kampf in Deutschland zu entwickeln. Alles, was noch kommen mag, wird nicht mehr genügen, die Arbeiterschaft in den Kampf zu bringen. Wenn sie sich die Militärherrschaft hat gefallen lassen, wird sie auf irgendetwas anderes nicht mehr reagieren. Unser Kampf gilt dieser Zentrale, die hinweggefegt werden muß, weil sie schon so oft die Gelegenheit hat vorbeigehen lassen“.

Der Ruf „Beg mit den Führern“ ist ja bei den Kommunisten gewöhnlich die einzige Antwort, die sie auf Tatsachen zu erteilen pflegen. Mit diesem Ruf glauben und glaubten sie politische, wirtschaftliche und soziale Tatsachen außer Acht lassen zu können. Dieser Ruf unpolitischer Einseitigkeit muß ihnen deswegen ganz konsequenterweise in ihren eigenen Reihen zum Verhängnis werden.

Internationale Solidarität.

Die belgische Arbeiterpartei gegen Separatismus und Diktatur.

Brüssel, 31. Oktober. (Gca.) Der Hauptausschuß der belgischen Arbeiterpartei trat gestern unter dem Vorsitz des Abgeordneten Ansele zusammen. Die Diskussion begann mit der Verlesung eines Briefes des Genossen Weiss, der gegen die französisch-belgische Politik im besetzten Gebiet protestierte, die auf die Zerstückelung des Reiches ausgehe. Den Bericht, der sich mit der Rheinlandsfrage befaßt, verlas der belgische Sozialist Bondas. Er erklärte, daß die Zerstückelung des Reiches ein Triumph für die Reaktion in Deutschland bedeuten würde. Er beschuldigt Frankreich und Belgien, sie hätten die separatistische Bewegung in Deutschland unterstützt und hätten mehr an die Sicherheiten als an die Wiedergutmachungen. Die Wiedergutmachungen gebe man vollkommen auf. Ohne Wiedergutmachungen würden Frankreich und Belgien gezwungen sein, neue Einkommenquellen zu suchen durch Schaffung neuer Steuern, und diese würden wiederum lediglich der arbeitenden Klasse zur Last fallen. Um dazu zu gelangen, sei das erste Ziel, das man erreichen wolle, Vernichtung des Sozialismus in Deutschland. Bander, welche erklärte, der Ausschuß der Partei sei zusammengetreten, um die Stellungnahme festzulegen, welche die belgischen Sozialisten bei dem augenblicklichen Stand der Dinge einzunehmen hätten. Es handele sich darum, zu wissen, ob die belgische Arbeiterpartei die jenseitigen Versuche gutheiße, die eventuell mit Unterstützung fremder Bataillone den Zweck hätten, eine nationale Einheit zu brechen, unter deren Schutz die Arbeiter und sozialistischen Organisationen mächtig geworden seien. Man müsse entscheiden, welches die Haltung der Sozialisten gegenüber der rheinischen Aktion, und auch, welche Auffassung sie hinsichtlich der Kommission hätten, die sich mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu befassen haben werde. Was denken Sie außerdem von dem Kampf zwischen den Sozialisten in Sachsen und Thüringen und der Reichsregierung? Zum ersten Punkt glaubt Bander, daß kein Mitglied des Parteiausschusses die Separatisten im Rheinland unterstützen werde. Zum zweiten Punkt könne die Arbeiterpartei lediglich das Mißtrauen ausdrücken, das hier die Haltung Poincarés auslöse. Schließlich müsse man die Sozialisten in Sachsen und Thüringen gegen die Diktatur Strejmanas unterstützen. Zum Schluß wurde einstimmig gegen vier Stimmenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Hauptausschuß der belgischen Arbeiterpartei verlangt eine sofortige Untersuchung der Haltung der belgischen Militärbehörden im Rheinland und protestiert gegen jede Annäherung der belgischen Armee in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Ohne auf das Prinzip des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu verzichten, stellt der Ausschuß ferner fest, daß die Auflösung Deutschlands die Schwierigkeiten der Reparationsfrage noch erhöhen würde. Der Ausschuß hofft, daß die Annahme der amerikanischen Anregung zur Einberufung einer Sachverständigenkonferenz nicht nur eine rein formale Konzeption gegenüber den Forderungen der internationalen Meinung sei. Schließlich sendet der Ausschuß einen Gruß der Solidarität an die Arbeiter in Deutschland, insbesondere an diejenigen in Sachsen.

Für die Begnadigung des zum Tode verurteilten Hamburger Arbeiters Thorell richteten die Dresdener Jungsozialisten ein Gesuch an den Reichspräsidenten.

Rettet die Kinder!

Von Dr. Julius Moses.

Nicht oft genug und nicht eindringlich genug kann der Ruf erhoben werden: Rettet die Kinder! Rettet unsere Zukunft! Rettet unsere Hoffnung!

Ungeheuerlich ist der Schaden, den der Krieg und die Nachkriegszeit bis in diese Stunde hinein angerichtet haben!

Nicht nötig, das noch zu beweisen! Unabsehbar kann das Unglück werden, wenn nicht jetzt, wo der vollkommene Ruin droht, alle Kräfte angespannt werden, um wenigstens unsere Kinder vor dem völligen Zusammenbruch zu hüten! „Rettet unsere Kinder!“ Das ist der Ruf, der aus dem Meer von Stimmen in unserer Zeit der schwersten Not am lautesten und eindringlichsten zu uns herüberdröhnt.

Die Not ist groß, unbeschreiblich groß! Und jeder Tag steigert das Verhängnis. Wir stehen an der Schwelle des Winters! Da muß es sich zeigen, ob das bishigen Kraft, das wir noch von früher her aufgespeichert haben, vorhalten wird, um die schlimmste und schlimmste Jahreszeit zu überdauern. Für die Armen und Vermissten, für die Kinder und Jugendlichen fehlt so ziemlich alles, was dem Körper Widerstandskraft gibt. Es fehlt die Nahrung, es fehlt die warme Kleidung, es fehlt die Wärme der Aufenthaltsräume. Wo aber diese drei Lebens- und Kraftquellen aufhören, ihre Wohltaten zu spenden, da steht das jugendliche Leben dahin, und was etwa noch in die Zukunft sich hinüberzuretten imstande sein sollte, das ist in seiner Wurzel gebrochen, das bietet keine Gewähr für ein gesünderes Leben in der Zukunft.

Optimisten und oberflächliche Beobachter wollen auch heute noch nicht an den Ernst der Sachlage glauben. Wenn man sie reden hört, so liegen die Dinge noch gar nicht so schlimm, wie behauptet wird. Wenn man unsere Kinder auf der Straße erblickt, so meinen diese guten Leute und schlechten Musikanten, so sieht man immer noch die jugendlichen Gesichter glänzen und hört noch überall ihr fröhliches Lachen. Aber der Schein trägt! Fragt unsere Lehrer! Sie werden Euch über das Geschlecht, das heute die Schulen besucht, ganz andere Zustände geben. Seit langem schon wissen es alle, die mit der Jugend zu tun haben, daß hier ein anderer Geist walte, daß körperliche Schwäche und geistige Erschlaffung zum unheiligen Bunde vereint der Jugend von heute ihren Stempel aufdrücken. Und wenn Ihr Gelegenheit hättet, einmal in die Sprechstunden eines Arztes hineinzuschauen: Euer Optimismus, Euer leichtfertiges, oberflächliches Urteil würde gar bald in das Gegenteil umschlagen, würde dem Gefühl des Entsetzens und der bangen Sorge ob der Zukunft Platz machen. Der Arzt selbst, dem doch in seiner Tätigkeit nichts Fremdes fremd bleibt, erschrickt ob des Anblicks des Jammers, den die bedauernswerten kleinen Geschöpfe darbieten. Die Gesichter bläulich, in den tiefumranderten

Augen jenes merkwürdig leuchtende Feuer wie bei Wölfen, die lange gehungert haben. Der Brustkasten bei fast allen Kindern abgeflacht, Brustschmerz, das Knochengestüt von einer gelblich schmierigen, fettreichen Haut überzogen, Drüsen als Zeichen einer latenten Tuberkulose bei zirka drei Viertel aller von mir in der letzten Zeit untersuchten Kinder, die Haltung schlapp, das Gewicht bei allen Kindern unter der Norm, bei Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren nur selten Zeichen einer einsetzenden Pubertätsentwicklung, die ganz Kleinen mit rachitischen Köpfen, krummen Beinen, gedunsenen Epithäuchen.

Ist das noch Jugend? Wo bleibt da unsere Zukunft, was soll aus unserer Hoffnung werden? Wenn die Dinge weiter so ihren Verlauf nehmen, dann sinkt all unser Best in's Grab. Allerorten wird es an Mitteln fehlen, dem Verderben zu wehren! Unendlich Vieles wird den Verhältnissen zum Opfer fallen. Rettet unsere Kinder! Dieser Ruf wird weiterdröhnen, muß laut werden als je erschallen. Mag fallen, was nicht mehr stehen kann, aber laßt unsere Jugend nicht fallen. Diese Forderung wird nicht aufhören, sich geltend zu machen. Es gibt nichts Wichtigeres, nichts Dringlicheres. Laßt unsere Jugend nicht zugrunde gehen! Sollte sie nicht mehr zu retten sein, was hätte es alsdann noch für einen Sinn, an der Rettung auf anderen Gebieten zu arbeiten!

Neue Kunstbekenntnisse Leibls.

Wilhelm Leibl, das größte deutsche Malergenie des 19. Jahrhunderts, war kein Mensch, der viel sprach, sondern einer, der in der dumpfen Urkraft seines Schöpferdranges seine wundervollen, heute bereits klassisch gewordenen Werke sich abrang. Um so wichtiger ist es, diesen Meister in seiner Seelenwerkstatt zu belauschen. Zu den bereits bekannten Briefen Leibls treten jetzt einige neue an seinen Bruder Ferdinand, die in dem bei Hugo Schmidt in München (eben erschienenen) Leibl-Buch von Hermann Rasse zum erstenmal veröffentlicht werden.

Ein schönes Bekenntnis zu der Freiheit des Künstlerturns bringt der Brief vom 19. Februar 1871, in dem auch ein gewisser Stolz auf die riesige Körperkraft des Künstlers durchleuchtet, der es bekanntlich im Ringkampf mit den tüchtigsten Berufsringern aufnahm. „Ich bin als Künstler so an ein freies Leben gewöhnt“, heißt es da, „daß ich mich durch nichts in der Welt bestimmen lasse, anders zu handeln, als es mir gerade behagt. Ich arbeite und trinke denn am Abend am liebsten mein Bier in aller Gemütsruhe. Danon kann mich nun nichts abhalten, so lieb mir auch meine Verwandten sind. Alle übrigen Verwandten sind dies auch sicherlich schon gewohnt, denn niemand beschwert sich darüber. Mein Wort in betreff der Belustigungsfestlichkeiten konnte ich deshalb nicht halten, weil bei dem Künstlerzuge niemand außer mir die große Künstlerjahre zu tragen vermochte, und so mußte ich der Sache halber dies übernehmen.“ Ein andermal bekennt er dem Bruder: „Geld und Kunst sind zwei konträre Dinge. Siehe Dir nur die heutigen sogenannten Kunstgroßen an, die Millionen haben und für ein Bild 20 000 Taler bekommen,

ob das wirklich Künstler sind? Ich muß offen gestehen, daß, so notwendig auch gegenwärtig mir vielleicht 20 000 Taler wären, es mir doch weit lieber ist, wenn statt dessen ein Bild, woran ich Mühe und Kraft verwendet habe, mir gelangt; denn dies gibt mir wirklich mehr innere Freude als jene harten Taler, die nur bezahlt werden für Schmiererei, die das Publikum allein zu verstehen imstande ist, während das wirklich Gute und Schöne sich nur des Verständnisses einiger weniger freuen darf, die gewöhnlich nicht befähigt sind, den Künstler zu bezahlen. Drum weg mit allem Kram, die großen Namen, Vermögen und wie all dieser Blunder heißt, und studiert die Natur, denn daraus ergibt sich nur allein die wahre Befriedigung und Freude, und wo man glaubt, daß einem dies am besten gelingen muß, dort soll man auch unbekümmert hin.“

Bildungshunger in Ostland. Von den einsamen, oft kümmerlichen Gehöften, aus den Wald- und Strandhütten Ostlands, zieht zur Herbstzeit die heranwachsende Jugend in die Städte, um Vorkurskassen, Gymnasien und Hochschulen zu besuchen. Seit etwa zwei Jahren lernt und studiert selbst der einjährige Hirtenknabe. Er will frei werden, sich die Wissenschaften zu eigen machen und hinauswachen über Vaters und Mutters Dürftigkeit. Oft vermögen die geistigen Fähigkeiten mit diesem heißen Wissens- und Bildungsdrang nicht Schritt zu halten und der Gymnasialist oder „Student“ kehrt still an den Fluß oder in den Weichsel seiner engeren Heimat zurück. Aber selbst den Haus- und Familiennoter treibt der Bildungshunger noch in die Schulbank hinein. Und Ostland besitzt vielfach verheiratete Schulkinder in den Unterrichtsanstalten, die mit den Jüngeren in einer Klasse lernen. Das Unterrichtsministerium bereitet deshalb Gesetze für „verheiratete Schulkinder“ vor. Wohl noch härter ist der Bildungsdrang der Mädchen, die oft als Dienende sich das Ziel stecken, in die höheren Stadien zu treten. Viele kehren nach dem ersten Semester in ihr gewohntes Arbeitsfeld zurück. Schüler-Studienfahrten werden jetzt nach England und Frankreich unternommen. Das französische Unterrichtsministerium weist Freiplätze an und verpflichtet Unterrichtsbesucher für Unbemittelte. Das Halten dieses Versprechens ist jedoch eine andere Sache.

Am Deutschen Opernhaus ist von Donnerstag an auf Grundlage der Goldmarktsche ein achtstägiger Vorverkauf der Umlaufkarten eingerichtet. Professor Oscar Vie wird von diesem Semester an Vorlesungen über moderne Musik, Oper und Tanz an der Hochschule für Musik abhalten. Er beginnt mit dem Thema: „Die Oper“ am 19. Nov. Zuhörer sind zugelassen.

Die Galerie Ferdinand Wölke, Goldammer Str. 124c, zeigt im November graphische Einzeldrucke und Plattenwerke aus dem Ferdinand-Wölke-Verlag. Ferner sind Arbeiten von Max Kaus, Berlin, und J. K. Schmidt, Breslau, ausgestellt.

Berichtigung. Durch ein Versehen am Telephon ist dem Schauspieler Kaiser sehr unrichtig mitgeteilt. Er spielte im Rangiflancotheater die Hauptrolle, heißt aber nicht Kaiser, sondern Kaiser und ist sonst tätig am Staatstheater in Berlin und nicht in Wien.

Eine sonderbare Entgegnung.

W.B. berichtet unterm 30. Oktober: Die „Times“ veröffentlicht heute ein Telegramm ihres Dresdener Sonderberichterstatters über die großen Zusammenziehungen von Reichswehrtruppen in Sachsen, die Grund zum Argwohn böten. Zahlreiche Aktionen der Militärbehörden, so heißt es in dem Telegramm, stellten Verletzungen des Versailler Vertrages dar; insbesondere wird dies bezüglich der Neueinstellungen und Bewaffnung behauptet.

Demgegenüber wird von amtlicher Seite festgestellt, daß die Zusammenziehungen der Reichswehrtruppen in Sachsen den Bestimmungen des Vertrages von Versailles in keiner Weise widersprechen. Es handelt sich weder, wie die „Times“ meint, um ein Armeemännchen, noch um die Vorbereitungen zu einer Mobilisierung, sondern lediglich um die Erledigung polizeilicher Aufgaben, die in erster Linie die Auflösung von bewaffneten, auch nach Ansicht der Interalliierten Militärkommission nicht zulässigen Selbstschutzorganisationen bezwecken, also um eine Aktion, die auch im Interesse der Erfüllung des Versailler Vertrages liegt. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, mußte eine Reihe von Reichswehrtruppen nach Sachsen gezogen werden, deren Zusammenführung bereits vor einigen Tagen veröffentlicht worden ist. Aus ihr geht hervor, daß es sich ausschließlich um auf Grund des Versailler Vertrages aufgestellte Truppenteile handelt. Die Truppen sind so bewaffnet, wie der Versailler Vertrag es vorseht; sie führen feststehend als auch auch keine Flugabwehrgeschütze mit sich, wie der „Times“ aus Dresden gemeldet wurde. Soweit in den letzten Wochen Neueinstellungen in die Reichswehr erfolgt sind, geschah dies zur Auffüllung der etatsmäßigen Stärke im Rahmen des Versailler Vertrages, die bekanntlich noch nicht einmal erreicht ist. Auf die Phantasien des Berichterstatters, die aus politischen Beweggründen erwachsen sind, einzugehen, erübrigt sich. Es muß außerordentlich bedauerlich werden, daß die „Times“, die sich in der letzten Zeit meistens bemüht, über die Verhältnisse in Deutschland objektiv zu berichten, durch Verbreitung dieser erfundenen Hehnachrichten und politischen Phantasien sich als Werkzeug antisemitischer Hege mißbrauchen ließ.

Richtig ist an dieser Entgegnung jedenfalls der eine Satz, daß die „Times“ in letzter Zeit besetzt war, objektiv über Deutschland zu berichten. Um so bedauerlicher ist es, daß die Pressestelle der Reichsregierung, die die Aufgabe hat, die für die Presse bestimmten Erklärungen sämtlicher Reichsministerien auch unter dem Gesichtspunkt ihrer außenpolitischen Wirkung zu prüfen, ehe sie veröffentlicht werden, eine derartige Polemik hat passieren lassen. Es mag wohl sein, daß das Telegramm des Sonderberichterstatters der „Times“ allerlei Übertreibungen und Unrichtigkeiten enthält. Aber diese Art der Entgegnung kann lediglich Wirkungen auslösen, die ganz und gar nicht im Interesse der deutschen Außenpolitik liegen. Da wäre es doch viel besser gewesen, überhaupt zu schweigen. Besonders die Beweisführung, wonach die Auffüllung der Reichswehrformationen im Interesse des Friedensvertrages liege, ist ein kleines Meisterwerk intellektueller Gymnastik. Sie wird sicherlich drüben starken Eindruck machen. Ob zum Vorteil des guten Rufes Deutschlands, ist eine andere Frage.

England gegen die rheinischen Separatisten.

Paris, 31. Oktober, (W.B.) Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt zu wissen, daß die britische Regierung ihre Botschafter in Paris und Brüssel beauftragt hat, der französischen und belgischen Regierung mitzuteilen, daß sie die Legalität der provisorischen Regierung, der die Dorens und Mathies angehören, nicht anerkenne und daß sie sich jedem Versuch, den separatistischen Zustand in die britische Zone von Aden vorzutragen, widersetzen werde. Laut „Echo du Paris“ habe der britische Botschafter in Paris ferner zum Ausdruck gebracht, daß die separatistische Bewegung nicht den Wünschen der belgischen Bevölkerung entspreche, während der Botschafter in Brüssel ferner die Haltung der Regierungen von Brüssel und Paris gegen die Separatisten kritisiert, die als eine Verletzung des Vertrages von Versailles bezeichnet werde.

Die Sachverständigenkonferenz.

Obwohl über die gestrige Sitzung des englischen Kabinetts kein ausführlicher Bericht veröffentlicht worden ist, geht aus den Äußerungen der englischen Presse hervor, daß man in dieser Sitzung zu einem endgültigen Beschluß über die von England vorgeschlagene internationale Sachverständigenkonferenz gelangt ist. Ursprünglich war, wie gemeldet wurde, geplant worden, wegen der von Poincaré gemachten Vorbehalte nochmals mit der französischen Regierung in einem Meinungsaustausch zu treten. Aber in der Sitzung der britischen Reichskonferenz vom Montag drängte der südafrikanische Ministerpräsident Smuts auf sofortige Aktionen, und dieser Umstand veranlaßte anscheinend das Kabinett, von weiteren Rücksfragen in Paris und Washington Abstand zu nehmen. Die Meinung der Regierungskreise ist laut „Times“ nun die, daß jede Konferenz, an der die Vereinigten Staaten bereit sein würden mitzuwirken, ein Schritt in guter Richtung sei. Es ist daher beschlossen worden, die Antworten Frankreichs, Italiens und Belgiens zu bekräftigen und den Vereinigten Staaten unverzüglich mitzuteilen, daß die Angelegenheit jetzt beschleunigt und die amerikanische Regierung erlucht werde, ihren Vertreter, sobald es passend erscheine, zu ernennen.

Amtliche Devisenkurse.

	31. Oktober		30. Oktober	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 Holländ. Gulden	25829000	28471000	25187000	25268000
1 argentin. Papier-Peso	23142000	23258000	20349000	20451000
1 belgischer Franc	8651000	8669000	8282000	8298000
1 norwegische Krone	11172000	11225000	9075000	10025000
1 dänische Krone	12669000	12681000	11172000	11229000
1 schwedische Krone	19152000	19248000	16857000	17043000
1 finnische Mark	—	—	1746000	1754000
1 japanischer Yen	—	—	30923000	31077000
1 italienische Lira	8252000	8268000	2918000	2927000
1 Pfund Sterling	324195000	325812000	289275000	290725000
1 Dollar	72319000	72681000	64838000	65162000
1 französischer Franc	4269000	4291000	8791000	8809000
1 brasilian. Milreis	—	—	5780000	5814000
1 Schweizer Franc	12865000	12932000	11571000	11629000
1 spanische Peseta	9670000	9724000	8778000	8822000
1 österr. Krone (abgelt.)	—	—	918	922
1 tschechische Krone	—	—	1895000	1905000
1 ungarische Krone	—	—	8491	8509
1 bulgarische Bana	—	—	808000	812000
1 jugoslaw. Dinar	—	—	788000	792000

Benesch über die deutsche Krise.

Prag, 31. Oktober, (W.B.) In der gestrigen ersten Sitzung der Herbstsitzung des Parlaments führte der Minister des Auswärtigen Dr. Benesch aus: Das Problem Deutschland ist heute das beherrschende Problem der internationalen europäischen und der Weltpolitik. Wir werden uns in die weiteren Vorgänge in Deutschland nicht einmischen, mögen sie den Charakter einer rechts oder einer links gerichteten Aktion annehmen. Wir fordern nur, daß keine derartige Aktion unsere Grenzen, unsere Interessen und unsere Rechte berühre und daß sie auch die Grenzen der Nachbarstaaten, insbesondere jene Oesterreichs, nicht berühre, soweit sie durch Verträge, insbesondere jenen von Genf, verknüpft sind. Heute erwägt man, ob man Deutschland helfen muß, damit es bezahle, was es bezahlen muß, ebenso wie es mit Oesterreich und Ungarn geschehen ist. Hier ist allerdings das Problem viel schwieriger, denn es handelt sich in Deutschland vor allem um eine heftige moralische Krise der ganzen Nation und um den fundamentalen Kampf um Sein oder Nichtsein der Demokratie. Die Krise wird nicht eher behoben sein, als bis die politische Revolution in der oder jener Form durchgeführt sein wird.

Das Reparationsproblem nimmt unter diesen Umständen neue Formen an, wenn auch die grundsätzliche Frage der Reparationspolitik dieselbe geblieben ist. Das ganze Reparationsproblem läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Man muß eine englisch-französische Formel in der Frage der interalliierten Schulden als Grundlage jedes weiteren Reparationsplanes finden und unter den Alliierten einen Plan vorbereiten, der Deutschland nach einer kurzen Moratoriumsfrist instandsetzt, mit der Erfüllung des gemeinsamen Zahlungsplanes zu beginnen. Wenn die Frage der interalliierten Schulden gelöst wäre, würde die Frage der Summe, die Deutschland zu zahlen hat, keine großen Schwierigkeiten mehr bereiten. Aber es läßt sich kaum denken, daß ohne wenigstens indirekte Zusammenarbeit mit Amerika dies gelingen könnte.

Ausnahmetarife für Lebensmittel.

Um dem wirtschaftlichen Leben Zeit zu lassen, sich auf die Geldwährung umzustellen, führt die Reichsbahn aus schonendster Rücksicht auf die Ernährungsfrage vom 1. November ab einen Posttarif für Lebensmittel ein. Die jeweils gültigen Frachttarife der regulären Tarifklasse und der Ausnahmetarife werden für die folgenden Lebensmittel um 30 Proz. ermäßigt werden: Getreide und Hülsenfrüchte, Mähererzeugnisse, Teigwaren, trockene Suppen und dergleichen, frische Feld- und Gartenfrüchte der Klasse C und E, frische Mohrrüben und frische Kohlrüben der Klasse F, Sojafische usw. des Ausnahmetarifes 8, Milch des Ausnahmetarifes 25, Butter, Butterschmalz, Margarine, Fett aus pflanzlichen und tierischen Stoffen der Klasse D zur menschlichen Ernährung, Käse und Quark.

Berichtigung. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Genossin Burm in ihrer Rede auf der gestrigen Funktionärskonferenz den Satz „der Vorwärts“ wird nicht verboten“ nicht gesprochen hat. Er sei vielmehr als Zusatz aus der Versammlung gefallen.

Die Erweiterung des Westhafens.

Wider Erwarten schnell ist schon kurz nach Eröffnung des ersten Teils des Westhafens der Augenblick gekommen, in dem sich die Erweiterung des Hafens als unumgänglich notwendig erweist. Um den ihr gestellten Aufgaben gerecht werden zu können, benötigt die Berliner Hafen- und Lagerhaus-A.G. im Anschluß an die bestehenden Anlagen binnen kürzester Zeit weitere Umstufungsmöglichkeiten, Lagerflächen und Lagerräume. Auch fehlen dringend benötigte Anlagen zur Lagerung von Spezialgütern, die hier geschaffen werden sollen. Schließlich erweist sich auch im Interesse der wirtschaftlichen Abrundung der Vorkausbau des Hafens schon jetzt als nötig. Diese Gründe waren für die Berliner Hafen- und Lagerhaus-A.G. so zwingend, daß sie sich trotz der Höhe der Zeit und trotz der allgemein schlechten Finanzlage entschlossen hat, die Stadt zu bitten, den Bau des dritten Hafenbeckens mit allen Nebenanlagen sofort in Angriff zu nehmen. Die Gesellschaft hat sich nach Verhandlungen mit Berliner Großbanken bereit erklärt, die vollen Kosten des Ausbaues selbst zu übernehmen; die Anlagen sollen nach Beendigung des Betriebsverhältnisses mit der Gesellschaft ohne Entschädigung in das Eigentum der Stadt übergehen. — Die Stadt ist bereit, dem Wunsche der Gesellschaft zu willfahren, bieten sich ihr doch durch die Snauffnahme des umfangreichen Bauvorhabens gewaltige Vorteile. Eine beträchtliche Anzahl Erwerbsloser kann in aller kürzester Zeit mit produktiven Arbeiten beschäftigt werden; die in Aussicht stehende bedeutende Vergrößerung des Hafenbetriebes sichert auch nach Fertigstellung der Bauarbeiten dauernde Arbeitsmöglichkeiten. Der Magistrat hat sich deshalb entschlossen, der Stadtoverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zur Beschlußfassung zu unterbreiten. — Das für die Hafenerweiterung im Jahre 1906 bereits lediglich zu diesem Zweck gekaufte Gelände muß natürlich geräumt werden. Die wenigen privaten Ruher werden anderweitig untergebracht. Die gegenwärtig zu Hospitalzwecken von der Stadt selbst benutzten alten Gebäude des früheren Johannisstiftes sind ebenfalls, da ihre Insassen ebenfalls anderweitig Unterkunft erhalten können. Mit dem aus dem Abbruch dieser Gebäude zu gewinnenden Material soll die dringend nötige Erweiterung des Roabiter Krankenhauses ausgeführt werden.

Der Ausbau des Hafens liegt im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Diese verlangt eine weitstehende Politik auf dem Gebiete des Güterverkehrs. Die Vernachlässigung einer solchen Politik hat der Stadt Berlin schon früher erheblichen Schaden zugefügt; sie hätte zur Folge, daß Berlin seinen Platz an erster Stelle unter allen deutschen Binnenhäfen verlor.

Ueberfall auf ein Waldrestaurant.

Eine hausangestellte als Ketterin ihres Herren. Sechs fragwürdige Gestalten machten am Dienstag um 4 1/2 Uhr dem Restaurant „Laternen“, das etwas abseits vom Bahnhof Grunewald und der Kolonie an der Forst liegt, zwischen Bahnhofs- und Försterei, einen etwas ungewöhnlichen Besuch. Der Wirt Krüger, der allein war, sah gleich, daß sie in sein Lokal nicht recht hineinpaßten, fragte sie aber doch nach ihrem Begehren. Die Gäste hielten sich aber mit Erklärungen nicht erst lange auf, sondern forderien kurzerhand Essen und Trinken umsonst. Als Krüger darauf natürlich nicht einging, besetzten vier Mann die Ein- und Ausgänge, so daß niemand mehr Zutritt erhalten konnte, der Fünfte nahm Aufstellung am Fernsprecher, um ihn zu überwachen, und der Sechste forderte nun mit der Pistole in der Hand den Wirt auf, Essen und Trinken oder dementsprechend Geld zuzugeden. In dieser Zwangslage hatte Krüger der Uebermacht gegenüber keine Wahl mehr. Wohl oder übel mußte er 20 Milliarden, die er in der Tasche hatte, herausgeben. Damit waren aber die Gäste noch nicht zufrieden. Sie

verlangten sie auch noch Speisen und Getränke, unter der Drohung, daß sie ihn über den Haufen schießen würden, wenn er ihre Forderung nicht erfüllte oder gar Miene machte, Alarm zu schlagen und die Polizei oder sonst jemand zu Hilfe zu rufen. Zum Glück aber hatte das Mädchen, das in einem Hinterraum war, die Leute ebenfalls gesehen und gleich Verdacht geschöpft. Das beherzte Mädchen nahm den Revolver des Wirtes und kam damit vor. Als die „Gäste“ das sahen, hielten sie sich doch nicht mehr für sicher und entflohen mit den 20 Milliarden in den Grunewald hinein. Benachrichtigte Schutz- und Kriminalbeamte nahmen sofort die Verfolgung auf, aber die Abfuchung des Grunewalds blieb erfolglos.

Die lächerliche Verfassung.

Der Fall Thomashy.

Vor einiger Zeit haben wir über eine am 10. September abgehaltene Reifeprüfung am Königl. Gymnasium berichtet: Studienrat Dr. Thomashy habe durch Fragen in der Prüfung Schüler zu Antworten veranlaßt, die auf mißachtende Äußerungen über die Reichsverfassung und die Farben des Reiches hinausliefen. Zur Aufklärung dieses Vorfalls war das Disziplinarverfahren eingeleitet worden, bei dem die Untersuchung durch ein Mitglied des preussischen Ministeriums geführt wurde. Die Untersuchung, die sich auf alle Anwesenden einschließlich der Schüler erstreckte, hat, wie dem Amtlichen Preussischen Pressedienst aus dem Kultusministerium mitgeteilt wird, ergeben, daß Dr. Thomashy die in der Öffentlichkeit stark kritisierten Fragen nach den Farben der Republik und den Bemerkungen Heines über die Farben schwarz-rot-gold in der Prüfung überhaupt nicht gestellt hat. Richtig ist, daß die Frage nach der Kritik Kantens über Rousseaus „Contrat sociale“ in der Prüfung gestellt wurde. Dagegen ist nicht erwiesen, daß diese Frage im Anschluß an Fragen über die heutige Verfassung oder mit Bezug auf die heutige Verfassung gestellt war. Demgemäß ist das Disziplinarverfahren eingestellt worden.

Wir haben den Vorgang seinerzeit, wie mitgeteilt, dem „Berl. Tagebl.“ entnommen. Das Blatt kritisiert das auch uns überraschende Ergebnis dieses kessamen Disziplinarverfahrens folgendermaßen:

„Diese Entscheidung wird in allen unterrichteten Kreisen, namentlich auch bei Lehrer- und Schülerschaft des Königl. Gymnasiums, Aufsehen hervorrufen. Es ist nämlich vollkommen zutreffend, daß Herr Dr. Thomashy mit einem Schüler das unwürdige Frage- und Antwortspiel angestellt hat: „Welches sind die Farben der Republik?“ — „Schwarz-Rot-Gold.“ — „Wie nennt Heine diese Farben?“ — „Die Aeffenfarben.“ Allerdings hat sich dieser Vorgang nicht in der Prüfung, sondern im Unterricht abgespielt, und es ist sehr merkwürdig, daß diesem unbeträchtlichen Unterschleim im Disziplinarverfahren anscheinend besondere Bedeutung beigemessen worden ist. Ferner wurde in der Prüfung sowohl die Frage nach Rousseaus „Contrat sociale“ als angeblichem Vorbild der Weimarer Verfassung als auch die Frage nach der Kritik Kantens (nicht Kantens) gestellt, der den „Contrat sociale“ „lächerlich“ nennt. Daß diese Fragen aufeinander Bezug hatten, war für jeden Anwesenden klar, wenn auch die amtliche Meldung diesen Zusammenhang als „nicht erwiesen“ bezeichnet. Ueber den Fall Thomashy dürfen trotz der Einstellung dieses Verfahrens die Akten nicht geschlossen werden.“ — Auch wir sind der Meinung, daß das jetzt um so weniger geschehen darf, als die Vorwürfe gegen Dr. Thomashy weiter aufrechterhalten werden.

Weitere Erhöhung der Verkehrstarife.

Die Hoch- und Untergrundbahn wird ab 1. November folgende Erhöhung der Verkehrstarife vornehmen: 3. Klasse 1 1/2 und 2 Milliarden, 2. Klasse 2 und 2 1/2 Milliarden; B-Ges 10 Korien 12 1/2 und 17 Milliarden, 2. Klasse 17 und 21 Milliarden; B-Ges 1. Klasse für 12 Fahrten 3. Klasse 17, 2. Klasse 21 Milliarden.

Die Straßenbahn wird ab morgen folgende Fahrpreise nehmen: Umsteigefahrten 2 Milliarden, Kinderfahrkarten 1. Hochbahnübergangsfahrten 3 1/2 Milliarden, Monatskarten für eine Linie 100, für 3 Linien 180, für 2 Linien 140 und für alle Linien 240 Milliarden. Schülermonatskarten 50 Milliarden. Bei den Monatskarten wird wertlosendes Geld in Zahlung genommen.

Bluttag eines 67-jährigen.

Eine furchtbare Bluttat, die in ihren Einzelheiten aber noch der Aufklärung bedarf, ereignete sich heute vormittag in Neutölln. Gegen 9 1/2 Uhr wurde das Ueberfallomomente Neutölln nach der Hohenstraße 69 gerufen, wo der 67 Jahre alte, dort wohnende Schneidermeister Karl Schulz den 60 Jahre alten Rentier Otto Kochhahn aus der Friedelstraße 11 in Neutölln mit einem Bügelstein und einem Aermelhübler niedergeschlagen hatte. Beide kannten sich schon seit längerer Zeit. Kochhahn hatte ausländisches Geld bei sich, u. a. auch französische Franken, in deren Besitz sich Schulz sehen wollte. Er schlug ohne weiteres auf Kochhahn ein, so daß dieser mit schweren Kopfverletzungen zusammenbrach. Man brachte den Ueberfallenen nach dem Urban-Krankenhaus, wo der Arzt eine Zertrümmerung der Schädelkapsel feststellte und ihn aufnahm. Sein Zustand ist lebensgefährlich. Der Täter ist festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben worden.

Goldmarkpreise im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr.

Im Berliner und Hamburger Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird infolge Umstellung der Personentarife auf Goldmark der Mindestgrundpreis der Einzelkarten vom 1. November ab auf 15 Pfennig in der 3. und 25 Pfennig in der 2. Klasse festgesetzt. Der Zonenabstand beträgt in beiden Klassen 5 Pfennig. Die Mindestgrundpreise für Monatskarten belaufen sich auf 2 Mark in der 3. und 3,50 Mark in der 2. Klasse; jede weitere Preisstufe 50 Pfennig mehr. Der Preisberechnung für Wochenkarten wird ein Viertel der Grundpreise für Monatskarten zugrunde gelegt. Die für Wochen- und Monatskarten des allgemeinen Verkehrs zugrundeliegende Ermäßigung um 50 Prozent wird auch den Monats- und Wochenkarten des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs zugute kommen. Ergänzend und berichtend teilt die Reichsbahndirektion mit, daß die bekanntgegebenen Grundpreise für Monats- und Wochenkarten in der 3. Klasse nach 13 Einzelfahrten und in der 2. Klasse nach 14 Einzelfahrten berechnet sind. Die für Monats- und Wochenkarten des allgemeinen Verkehrs zugrundeliegende Ermäßigung um 50 Proz. ist somit bei der Festsetzung der Grundpreise schon berücksichtigt worden. Es empfiehlt sich dringend, Monatskarten noch heute zu erwerben.

Nur noch Millionen bei der Post.

Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Ausflutung des Zahlensystems, unter deren Herrschaft die pünktliche Abfertigung der Bevölkerung an den Postämtern außerordentlich leidet, sieht sich die Reichspost- und Telegraphenverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungs- und Rechnungswesen und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Millionenmarktrechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Versendungen, Zahlarten, Postüberweisungen, Erlagüberweisungen, Postchecks und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen Mark lauten. Bei der Angabe des Betrags in Ziffern ist dabei an der Stelle der sechs Nullen des Wort „Millionen“ zu schreiben; zum Beispiel ist also statt 16 000 000 Mark künftig 16 Millionen Mark zu schreiben. Die Stommennote, die auf jedem Postcheckkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen Mark festgesetzt werden. Bruchteile von 1 Million Mark, die über dem 1. November hinaus als Guthaben auf den Postcheckkonten stehen geblieben sind, werden gestrichen werden.

Die Dollarpreise.

Gegen die Schwankungen in der Preisfestsetzung.

Um eine gewisse Stetigkeit und Gleichmäßigkeit der Preisgestaltung auch da zu erreichen, wo eine Preisnotierung durch den Großhandel nicht stattfindet, insbesondere auch um die Auswähe, die sich bei der Umrechnung der Papiermark nach dem jeweiligen Valutastand herausgestellt haben, zu verhüten, ist von der Bucherstelle des Polizeipräsidenten Berlin folgende Regelung getroffen worden:

Die Großhandelspreise für Kartoffeln sowie für die marktüblichen Sorten Gemüse und Obst, für die gebräuchlichsten Fischarten und für Eier werden in Berlin morgens in den Frühstunden auf Grund der ersten Kaufabschlüsse ermittelt. Diese Großhandelspreise werden täglich um 8 Uhr morgens sämtlichen Polizeirevierern durch Ferndrucker mitgeteilt, die danach unter Zugrundelegung der zulässigen Aufschläge für den Kleinhandel die Kleinhandelspreise zu errechnen und bei Ueberstreitungen nötigenfalls einzugreifen haben. Die Preise müssen im Groß- und Kleinhandel bis zur nächsten Notierung innegehalten werden. Wenn den berechtigten Interessen der beteiligten Gewerbetreibenden Genüge geschieht, daß beim Sinken der Auslandswährung die Befestigung der Papiermark durch entsprechende Preisfestsetzung sofort zum Ausdruck kommt. Unter keinen Umständen darf der Händler beim Sinken der Auslandswährung mit einemmal von seinen Geschäftsgeldern in Papiermark ausgehen. Dies würde dazu führen, daß das Verhältnis des Wertes der Papiermark zum Werte der Goldmark bzw. der ausländischen Valuta nur einseitig zugunsten des Handels zum Ausdruck käme.

Der Streit um die Friedrichsberger Genossenschaftsbank. Die im Jahre 1914 zur Vermeidung des Konkurses sich unter Geschäftsaufsicht stellte, ist immer noch nicht erledigt. Nachdem im September 1923 die Geschäftsaufsicht nach neunjähriger Dauer endlich aufgehoben worden ist, wollen viele Gläubiger ihre noch nicht abgeforderten Ansprüche durch Klage geltend machen. Die Zahl der keinen Gläubiger ist sehr groß — 1914 belief sich die Gesamtzahl auf etwa 25 000 — aber nicht wenige davon haben sich inzwischen schon mit entwertetem Geld abfinden lassen. Bis 20. Juli 1923 wurden 7093 kleine Guthaben im Gesamtbetrag von 10,1 Millionen Papiermark ausgezahlt, und bis zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht im September d. J. dürfte der Gesamtbetrag auf 12 Millionen Papiermark gestiegen sein. Für 12 Millionen gab es Mitte September noch etwa vier „Fünftelgroßbrote“, heute aber kostet eine dünne Scheibe des Zehnmilchkuchen-Brottes 250 Millionen. Eine Darstellung aus den Kreisen der kleinen Gläubiger schätzt den heutigen Wert des Vermögens der Bank an Grundstücken und Hypotheken auf viele Billionen. Der Gläubigervertreter, Behrer Widmann (Berlin, Mariannenstr. 7), hat schon im Mai d. J. eine der von Gläubigern an die Bank ausgegebenen Ausgleichsquotierungen angefochten. Er empfiehlt allen Gläubigern, gemeinsam oder allein daselbe zu tun.

Ein Riesenhehlerprozeß fand soeben in Berlin statt. Dabei haben sich die Gebrüder Edmund und Emil Bregli aus Hamburg zu verantworten. Sie haben große Mengen gestohlene Teppiche, Silberzeug usw. von Dieben gekauft und weiterveräußert. Der Anklagevertreter, Staatsanwalt Dr. Kaufmann, stellte Edmund Bregli als den größten Hehler Berlins und als eine Gefahr für die Allgemeinheit hin. Er müsse mit allen Mitteln der Justiz unschädlich gemacht werden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Edmund Bregli wegen gewerbmäßiger Hehlererei 7 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust, gegen Emil Bregli 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus. Bei diesem Antrage des Staatsanwalts brach die Chefrau Edmund Bregli mit einem lauten Aufschrei zusammen und mußte ohnmächtig aus dem Saale getragen werden. Die Verteidiger plädierten für mildere Urteile. Nach überstündlicher Beratung kam die zweite Strafkammer zu folgendem Urteil: Der Angeklagte Edmund Bregli wird wegen gewerbmäßiger Hehlererei zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Emil Bregli wird wegen Beihilfe zur einfachen Hehlererei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er erhält jedoch dreijährige Bewährungsfrist. Edmund Bregli wurde ein Jahr auf die Untersuchungshaft angedroht.

Der Volks-Feuerbestellungsverein Groß-Berlin e. V. a. G. hat in Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse bis zur endgültigen Regelung einer festen Währung anstatt der Monatsbeiträge Wochenbeiträge festgesetzt. Der Wochenbeitrag für die 44. Woche — 29. Oktober bis 3. November — beträgt bei einem Eintrittsalter von 7 bis 15 Jahren, Beitragsklasse 1, 1/4 Milliarde, 15 bis 20 Jahren, Beitragsklasse 2, 1/2 Milliarde, 20 bis 30 Jahren, Beitragsklasse 3, 1 1/2 Milliarden, 30 bis 40 Jahren, Beitragsklasse 4, 2 Milliarden, 40 bis 45 Jahren, Beitragsklasse 5, 2 1/2 Milliarden, 45 bis 50 Jahren, Beitragsklasse 6, 3 Milliarden, 50 bis 55 Jahren, Beitragsklasse 7, 3 1/2 Milliarden, über 55 Jahre, Beitragsklasse 8, 4 Milliarden Mark.

Die Obstbauerschule in Werder a. d. H., Institut der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin, eröffnet am 2. November ihr Unterrichtshalbjahr, das mit dem halben März beendet wird. Mit Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse finden kurzfristige Kurse im Obst- und Gemüsebau, Schädlingsbekämpfung, Bodenkunde und Düngerkunde, Obst- und Gemüseverwertung, Obstweinbereitung und Kellerwirtschaft im Laufe des Winters statt. Es gibt Vorkurse und solche für Fortgeschrittene, z. B. Buchhalter. Näheres ist zu erfahren durch die Direktion.

Gandmann von Beesele spricht heute abend 8 Uhr in den Kammerläden, Teltower Straße. Thema: „Das Ziel, der Weg und was ist zu tun“.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Nur vorübergehende Bevölkerungszunahme, dann wieder heftiger, frohender Wetter ohne nennenswerte Temperaturänderung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung! Beamtenfunktionäre!

Der von unbenutzter Seite für Freitag, den 2. November, einberufene Bezirksbesamtag findet nicht statt. Die statutenmäßige Einberufung des Groß-Berliner Bezirksbeamtenlages wird durch das Bezirkssekretariat vorbereitet. Die Mandate gehen den Delegierten rechtzeitig zu. Der Bezirksvorstand.

21. Okt. Die für Mittwoch, also heute abend angelegte Mitgliederbesamtagung fällt aus und findet am 7. November statt.

Morgen, Donnerstag, den 1. November:

11. Kreis Schöneberg. Täglich 7 Uhr Sitzung der Abteilungskomitee der Beamten bei Krieger, Postel-Str. 7, 4. Et. Jede Abteilung muß vertreten sein.
15. Okt. Abends 7 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes der Bezirkslibere bei Frau Ungerer Str. 21.

Gewerkschaftsbewegung

Katastrophale Arbeitslosigkeit.

Die Regierung vermehrt sie.

Aus dem Bericht des Landesarbeitsamts Berlin für die Woche vom 22. bis 27. Oktober entnehmen wir folgende Zahlen:

Die Arbeitslosigkeit nimmt immer größere Dimensionen an. Es waren 185 300 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 185 730 der Vorwoche. Darunter befanden sich 133 424 (127 702) männliche und 61 876 (58 028) weibliche Personen. In der Hauptsache legte sich der Zugang aus Facharbeitern und Jugendlichen zusammen. Unter letzteren befindet sich ein großer Teil gut qualifizierter Kräfte aller Branchen. Von den insgesamt Eingetragenen entfielen 148 995 (141 052) auf Facharbeiter und 8071 (6867) auf Jugendliche. Selbständige Gewerbetreibende, die infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ihren Betrieb einzustellen gezwungen waren, sind ebenfalls an den Neueinstellungen verhältnismäßig stark beteiligt.

Unterstützung bezogen 104 611 (97 028) männliche und 30 889 (26 909) weibliche, insgesamt 135 500 (123 932) Personen. Dazu kommen aber noch die Kurzarbeiter, deren Zahl im vorliegenden Wochenbericht nicht angegeben ist, jedoch bereits mehr als 100 000 beträgt. Außer diesen 300 000 Personen, die allein in Berlin ganz oder teilweise arbeitslos sind, befinden sich in den übrigen Provinzen noch die Personen, besonders der freien Berufe und des Kleinhandels, die bei keinem Arbeitsnachweis eingetragen, aber erwerbslos sind.

Die Regierung hat in der heutigen Morgenpresse verkündet, daß sie umfangreiche Sparmaßnahmen vornehmen will, was wir durchaus begrüßen. Wenn ehemalige Offiziere, die sich auf ihrer väterlichen Scholle als Großgrundbesitzer durchs Leben schlagen, ihre Bezüge endlich gesperrt bekommen, wenn ehemalige Beamten, die mehr als ein reichliches Einkommen haben, nebenher aber noch ihre Pension mit allen Teuerungszulagen bekommen, diese endlich entzogen wird, so ist dies nur zu begrüßen.

Wir sind auch durchaus damit einverstanden, wenn entsprechend den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats die Erwerbslosenunterstützung umgewandelt wird in eine Erwerbslosenversicherung. Bisher sind die Unterstufungen an die Erwerbslosen und Kurzarbeiter ausschließlich durch die Notensprende gedeckt worden. Die daraus sich ergebende Inflation hatte die Wirkung, daß die Löhne sich immer mehr und immer rascher entwerteten, die Unternehmer- und Zwischengewinne sich aber vermehrten. Die scheinbar gratis gegebene Unterstützung wurde in Wirklichkeit und darüber hinaus einzig durch die Lohnarbeiter getragen. Darüber hinaus ist durch die Inflation unsere gesamte Sozialversicherung ausgehöhlt, ja völlig wertlos gemacht worden, wie überhaupt sämtliche Einrichtungen der Arbeiterschaft in ihrer Existenz bedroht sind. Nur eine Wiederherstellung des Geldes kann da helfen. Ohne die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt ist aber eine Stabilisierung der Währung nicht möglich. Wenn also die Umstellung der Erwerbslosensicherung zunächst der Arbeiterschaft und den Unternehmern gegenüber neue Lasten auferlegt, in Wirklichkeit bedeutet dies eine Entlastung der Arbeiterschaft.

Aber es ist verfehlt, auf der einen Seite Sparmaßnahmen vorzunehmen — und in welcher sinnloser, ökonomischer Weise das bei Personaleinsparungen geschieht, haben wir wiederholt gezeigt —, wenn man auf der anderen Seite Maßnahmen anordnet, die die Entnahmen verhältnismäßig beeinflussen müssen.

Da ist zunächst der Abbau der Beamten und Angestellten des Reichs. Er ist notwendig, das ist unbestritten. Aber was geschieht, um die Entlassenen nicht der Arbeitslosigkeit auszuliefern? Was geschieht insbesondere, um der Wirtschaftskatastrophe entgegenzuwirken? Was geschieht, um produktive Notstandsarbeiten, deren Finanzierung durch Abgaben oder Anleihen zu fundieren ist, in Angriff zu nehmen? Was geschieht, um den Wohnungsbau schleunigst wieder in Gang zu bringen?

Bisher sind die Maßnahmen, die von den zuständigen Ministerien vorgenommen wurden, derart, daß sie die Wirtschaftskatastrophe verschärfen. Wie will man eine Steigerung der Einnahmen — und die ist notwendiger und einträglicher als alle Sparmaßnahmen — erzielen, wenn man die Produktion nicht in Gang bringt? Hier ist der Hebel anzusetzen, und dies unverzüglich.

Stillelegung der pfälzischen Schuhindustrie. Eine Statistik der pfälzischen Schuhindustrie ergibt ein erschreckendes Bild. 316 Schuhfabriken wurden in der allerletzten Zeit stillgelegt und etwa 10 000 Arbeiter brachlos gemacht.

Internationale Arbeitskonferenz.

In ihrer Schlussfassung am Montag nahm die Internationale Arbeitskonferenz die auf Wunsch der Gewerkschaftsdelegationen aus dem Saargebiet und der Arbeitergruppe der Konferenz eingebrachte Resolution an, in der der Verwaltungsrat aufgefordert wird, gegebenenfalls mit dem Völkerbund die Anwendungen der Völkerbundverordnungen zu erwägen. Auf Antrag des französischen Regierungsvorsitzers wurde von Fontaine, dem Präsidenten des Verwaltungsrats des Arbeitsamts, der einleitende Satz, der sich ausdrücklich auf die gewerkschaftliche Denkschrift bezieht, gestrichen, weil auch ein Antrag der Regierungskommission des Saargebietes vorliege, ferner auch die Denkschrift nicht zur Debatte stehe, sondern nur die Anwendung der Völkerbundverordnungen. Man vermutet, daß hinter der Änderung die Absicht steht, die gesamte Frage vor dem Verwaltungsrat nicht nur in dem von der saarländischen Arbeiterschaft vorgezeichneten Rahmen zu prüfen, sondern auch auf Grund des besonderen Willens der Regierungskommission, deren Generalsekretär von der Tribüne aus die Sitzung übrigens aufmerksam verfolgte.

Die Konferenz nahm einstimmig den Entwurf über die Organisierung der Arbeitsinspektionen an, dessen Aufstellung die Hauptfrage der diesjährigen Tagung bildet. Dieser Entwurf wird nunmehr den Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisation mit der Aufforderung zugehen, die Bestimmungen auf gegenseitigem oder anderem Wege laut Teil 13 des Friedensvertrags durchzuführen.

Der angenommene Text setzt sich aus einer Präambel von 21 Artikeln zusammen, die sich auf folgende Abschnitte verteilen: 1. Umfang der Inspektion, 2. Art der Funktion und Befugnis der Inspektoren, und zwar a) Allgemeine Bestimmungen, b) Schutz vor Unfällen und Krankheiten, 3. Organisation der Inspektionen, und

zwar a) Organisation des Personals, b) Vorbereitungen für die Ausbildung der Inspektoren, c) Kategorien und Methoden der Inspektoren, d) Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 4. Berichterstattung durch die Inspektoren.

Löhne in der Fleischwarenindustrie für die Woche vom 20. bis 26. Oktober. **Groß-Schlächtereien:** Gefleisch über 20 Jahre 155, unter 20 Jahren 140,500, Rindfleisch 151 Milliarden pro Woche. **Wurstfabriken:** Gefleisch mit Verarbeitung 3240, ohne Verarbeitung 3162, Maschinen und Seizer (Hochdruck) 3240, (Niederdruck) 3162, Handwerker aller Art 3162, Chauffeurs 3240, Rindfleisch 3162, Arbeiter, Hofsarbeiter, Stalleute, Fahrstuhlführer 3084, Wächter und Portiers 3084, Frauen 2600 Millionen pro Stunde, Rittfahrer 18—20 Jahre 97,080, Jugendliche unter 18 Jahren (m. w.) 91,862 Millionen pro Woche, Ausfällen 10 Proz. mehr. Die Löhne setzen sich aus Grundlohn und Teuerungszuschlag zusammen. Die Grundlöhne sind um 300 Proz. erhöht worden, der Teuerungszuschlag für die Woche vom 20.—26. Oktober beträgt 150 Proz. vom Grundlohn. Die oben bezeichneten Löhne stellen die Endsummen dar.

Am Dienstag, den 30. Oktober, ist ein Vorstoß von 100 Proz. der in der Vorwoche vom 20.—26. Oktober gezahlten Löhne zu zahlen.

Zentralverband der Fleischer. J. A.: Fisch, Fleisch, Fleischwaren-Organisationen und dem Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands (Bureau Bayreuther Str. 31) wurde vereinbart, daß neben den Sachbezügen vom 16. bis 31. Oktober, zahlbar am 31., folgende Löhne in Milliarden Mark gelten:

Jugendliche Hausangestellte unter 15 Jahre 22,500. Bis 16 Jahre 52,500, Alleinmädchen oder Stütze ohne Kochen 60, mit Kochen 78,750, perfekte Köchin 106,125, Hausmädchen, einfaches, 60, perfektes 97,500, Wirtschaftlerin, einfaches, 97,500, perfekte 135, Kindermädchen 60, Kinderfräulein 97,500, herrschaftlicher Diener, ledig, 112,500, verheiratet, nebst freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung 150; Zuschüsse pro Tag eine halbe Goldmark. Die Zahlung der Beiträge für die Sozialversicherungen unterliegen den gesetzlichen Bestimmungen, daselbe gilt von dem Steuerabzug.

Am 18. November wird über die Löhne, die vom 1. bis 15. November zu gelten haben, verhandelt.

Kohlengroßhandel. Mitgliederversammlung Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Verbandsbureau, Belle-Alliance-Straße 7/10, 2. Hof, unter Aufgang, 4 Treppen. Bericht von den Verhandlungen.

Buchdrucker. Donnerstag nachmittag 4 1/2 Uhr Gratifikationsversammlung im „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstr. 41. Als Vertrauensrats Delegierte und Betriebsrat haben Zutritt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Funktionärsausweis und Zutrittskarte gültig. Zutritt ist in dieser Versammlung legitimiert. Kirmand darf in dieser Versammlung teilnehmen. Der Gratifikationsvorstand.

Wirtschaft

Goldanleihe und Rentenmark. Die Reichsfinanzverwaltung wird im Laufe des Monats Januar 1924 die auf Mark Gold lautenden Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1923 (Goldanleihe) im Werte von 4,20 Gold (= 1 Dollar), 8,40 Mark Gold (= 2 Dollar) und 21 Mark Gold (= 5 Dollar) auf Wunsch der Inhaber gegen die von der Deutschen Rentenbank auszugebenden Rentenbankscheine umtauschen. Hierbei gilt eine Mark Gold der Schatzanweisungen gleich einer Rentenmark. Die Goldpennie werden, soweit nicht bis dahin Rentenpennie ausgegeben sind, in Reichsmark zu einem noch zu bestimmenden Kurse gezahlt werden. Der Umtausch kann innerhalb des bezeichneten Zeitraums bei sämtlichen Reichsbankanstalten erfolgen.

Die Hypothekenschuldung der Industrie. Die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation kündigt ihre im Jahre 1900 und 1909 aufgenommenen hypothekensicheren Obligationsschulden. Sie gibt den Leuten, die seinerzeit 1000 Goldmark eingezahlt haben, 4,20 Goldmark in Form von Goldanleihe zurück. In dieser Gegenüberstellung der entlichen und zurückgezahlten Goldwerte zeigt sich die gewaltige Bereicherung, die viele Unternehmen mit der Geldwertung erzielt haben, indem sich ihre auf Mark lautenden Schulden entwerteten. Dabei ist die Agio, die nach heutigem Wert 65 Milliarden (Papier-)Mark auf je 1000 Mark Gold zurückzuführen, noch ein Unternehmen, das der Geldwertung bei der Rückzahlung Rechnung zu tragen sucht. Es gibt andere Unternehmungen, die sich mit einer viel geringeren „Aufwertung“ der Schulden begnügen. Es ist nicht mehr als recht und billig, zu fordern, daß die so erzielten privaten Gewinne der Allgemeinheit durch eine Belastung des Sachvermögens nutzbar gemacht werden.

Reichsbank. Der vorliegende Reichsbankausweis gibt den Stand der Bank für die zweite Oktoberwoche wieder, als der Preis des Dollars von ungefähr 800 Millionen Mark auf über 3 1/2 Milliarden stieg und zum erstenmal die Milliardenzone überschritt. Dieser katastrophale Marksturz kommt in der Steigerung des Notenumlaufes, der um 46 417 Millionen auf 123 350 Billionen Mark answuch, zum Ausdruck. Die Kreditansprüche an die Bank verdreifachten sich. Sie betragen 203 701 Billionen gegen 77 940 Billionen, und zwar stiegen die Reichsschatzanweisungen um 97 548 Billionen auf 167 779 Billionen. Die Lombardforderungen, die sich in der ersten Oktoberwoche nur um 193 807 Milliarden vermehrten, schwollen um 5324,4 auf 5616,8 Billionen Mark an. Diese Vermehrung zeigt den großen Kreditbedarf der Wirtschaft. Das Kontingent der Darlehensstellen reichte zu seiner Befriedigung nicht aus, so daß die Darlehensansprüche vorübergehend an die Reichsbank verwiesen werden mußten. Der Goldbestand blieb unverändert.

Die Goldanleihezahlungen in der Praxis des Großverkehrs. Der Verband der deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe e. V. hat laut „Konfektionär“ auf Grund der Erfahrungen, die er im Zahlungsverkehr mit Dollaranleihezahlungen und Goldanleihe als Zahlungsmittel gemacht hat, ab 29. Oktober folgende Ergänzungen getroffen: Dollaranleihezahlungen und Goldanleihe sollen, wenn irgend möglich, als Zahlungsmittel benutzt werden und werden künftig zum vollen Nennwert gutgeschrieben, auch wenn sie unter dem Dollar notieren. Sieht der Dollarkurs niedriger als der für Goldanleihe und Dollaranleihezahlungen, so kann der Auftraggeber den Rechnungsbetrag um das Agio kürzen. Sollte allerdings der Kurs für Dollaranleihezahlungen oder Goldanleihe um mehr als 10 Proz. hinter dem Dollarkurs zurückbleiben, so ist das Disagio über 10 Proz. vom Auftraggeber gleichzeitig, und zwar ebenfalls in Dollaranleihe oder Goldanleihe einzufenden. Papiermarkzahlungen können auch künftighin nach den bisherigen Vorschriften geleistet werden.

Vereinsmitglied für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schifano; Lokales und Sonstiges: Fritz Harbitt; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Beilage: Fortwärts-Bericht e. m. b. H. Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag, Berlin, und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW, 68, Lindenstraße 2.

Drei billige Serientage!
Donnerstag / Freitag / Sonnabend
Anzahlung gestattet!
Serie I. Entschendende Pflanzmängel 10 Goldm.
" II. Wandervolle Pflanzmängel 12,5 " "
" III. Bildbüchche Affenbaummängel 25 " "
" IV. Erstklassige Eukalyptusmängel 29,5 " "
" V. Astrachanmängel 40 " "
" VI. Kammergeräthel, reine Wolle 12 " "
" VII. Gabardinekleider, reich garn, 22 " "
" VIII. Uebergangsmängel 8,5 " "
Außerdem sportbillige ein Posten Herren-Unter-, moderne Façon — nur bei
A. KUSCHEL, Damenmäntel-Fabrik
Reinickendorfer Straße 13, 1. Etage

Goldgelbe Orient-Zigaretten
Spezial 145 Milliard., Goldriese 215 Milliard. (Doppelformat)
Nur an Wiederverk. morgen 8-2 Uhr
Gutlicht,
Zigaretten-Fabrik,
Köpenicker Str. 7a (Schlesisches Tor)
Niederlage für Westum: Wilhelms-Str. 2, Holsteinsche Str. 2, Post 2, 1. Plachte.

Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus
Erna Masch
Handelsgerichtlich eingetr. Firma
Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden, Uhren, Gold- und Silberbruch
Lützow 2760 Potsdamer Str. 118
Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph
Berlin W 50
besonders kräftig u. erfrischend Potsdamerstr. 122

Arbeitsnachweisgesetz
mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. e. phil. BERGER **W. DONAU**
Oberregierungsrat und Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitvermittlung
im Reichsarbeitsministerium
Ein unentgeltliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Einführung u. Anwendung des seit 1. Okt. d. J. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis-Grundzahl M. 3,25
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2